

Öffentlicher Brief an den Stadtrat der Stadt Lichtenstein und den Bürgermeister

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Fankhänel,

wir, die Einwohnerinnen und Einwohner aus Lichtenstein und den dazugehörigen Ortsteilen, die Mitglieder der Bürgerinitiative aus Rödlitz und der Elterninitiativen wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie, um unsere große Besorgnis und Unzufriedenheit über die augenscheinlich willkürliche Umsetzung von rechtskräftigen Stadtratsbeschlüssen zum Ausdruck zu bringen. Für uns entsteht die grundlegende Frage:

Sollte der Bürgermeister die rechtsverbindlichen Stadtratsbeschlüsse umsetzen oder unterliegt die Umsetzung dem persönlichen Gefallen?

Woher kommt diese Unzufriedenheit?

Insbesondere die Finanzverteilung der unzureichenden Eigenmittel der Stadt Lichtenstein für Bildungs- und Kultureinrichtungen erfolgt aus unserer Sicht nicht mehr objektiv im Sinne der Gesamtinteressen der Einwohnerinnen und Einwohner Lichtensteins und ihrer Ortsteile Heinrichsort und Rödlitz.

Zur Rätevorstellung des neuen Stadtrates im August 2024 sprachen Sie, Herr Bürgermeister Fankhänel, den Wunsch aus, dass alle ...*kluge Entscheidungen im Sinne und zum Wohle der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger treffen mögen*“...

Als engagierte Bürgerinnen und Bürger sehen wir mit wachsender Sorge, wie ungerecht und unverhältnismäßig die Verteilung der knappen Mittel immer mehr zu einer Belastung wird und zum Unmut führt. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die Qualität der Bildung, sondern auch die Chancengleichheit unserer Kinder und Jugendlichen und nicht zuletzt die Liquidität der Stadt Lichtenstein.

Vielmehr entsteht der Eindruck, dass für persönliche Zielsetzungen einzelner Fraktionen in der Verwaltung Tür und Tor offenstehen und bestehende Beschlüsse zu Pflichtaufgaben der Stadt, für die engagierte Bürgerinnen und Bürger jahrelang kämpfen mussten, einfach ignoriert werden und zudem innerhalb von wenigen Monaten gekippt werden sollen.

Projekt Naturbad

Zur Verdeutlichung unseres Eindrucks sei als erstes auf die jüngst erforderliche Neuentscheidung des Stadtrates am 27.01.2025 – Beschluss AF/011/2025 zur zeitnahen Umsetzung und Änderung des Beschlusses zur Projektfreigabe des Projektes „Naturbad Lichtenstein“ verwiesen. Dieser Antrag der Freien Wähler vom 20.11.2024 „Kommunale Stadtentwicklung zukunftsfähig aufstellen...“ enthält nun die Aufforderung an den Bürgermeister der Stadt Lichtenstein, der ebenso der Fraktion Freie Wähler angehört, vom **bestehenden Beschluss SR/238/2023 abzuweichen und nicht erst darauf zu warten, dass Sachverständige erarbeiten, ob sich die Stadt Lichtenstein die laufenden jährlichen Kosten, die zuletzt auf ca. 180.000 EUR (Freie Presse vom 28.01.2025) geschätzt wurden, auch wirklich leisten kann.**

Gebaut wird das Naturbad Lichtenstein mit einer 90%igen **Förderung** in Höhe von ca. **2,8 Millionen EUR** (siehe Antrag vom 20.11.2024 a.a.O.). 10% der Gesamtkosten kommen aus **Eigenmitteln** der Stadt, ca. **358.500 EUR (lt. Haushaltsplan-Entwurf, Stand 15.01.2025)**, sofern die Kosten nicht steigen. Selbst die Kämmerin, Mandy Wied, habe bezüglich der dauerhaften Finanzierung des Projektes Bedenken. Auch die Widerstände anderer Stadträte (Fraktionen SPD, CDU) zur nachhaltigen Finanzierbarkeit werden von dem Stadtratsmitglied und gleichzeitigem Vorsitzenden des Badvereins, Mario Müller, damit abgetan, dass man sich **mit den Betriebskosten erst in zwei Jahren beschäftigen müsse** und dann sicher ein Konzept vorgelegt werden könne, was die Stadt Lichtenstein jedenfalls nicht in den Ruin treiben würde. Auch Sie, Herr Fankhänel, betonten, dass man **das Projekt erst einmal angehen müsse, bevor Gespräche über die Kosten geführt werden können**. Ferner gebe es laut Aussage des Bürgermeisters auf die Wortmeldung eines unzufriedenen Vaters keinerlei „kausale Verbindung“ zwischen dem Bad-Projekt und der Finanzierung des Kita-Essens, vgl. Freie Presse a.a.O.

Dies alles wirkt aus unserer Sicht sehr kurzfristig gedacht und kritische Nachfragen werden u. E. unprofessionell und unbegründet abgetan oder bleiben ganz unbeantwortet. Wir gehen darüber hinaus davon aus, dass diese Verhaltensweise von immer wieder neuen Beschlussfassungen, bis die Freien Wähler ihre Ziele mit der erforderlichen Mehrheit im Stadtrat umsetzen konnten, sicher auch nicht dem Interesse der Mehrheit der Einwohner Lichtensteins nebst Ortsteilen entspricht.

Denn Aufgabe der Stadträte ist es, mit besten Wissen und Gewissen die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger abzuwägen und zu vertreten.

Wirtschaftet man als Privatperson ebenso und bekommt beispielweise ein lukratives Angebot für ein spritziges Cabriolet, kann sich aber weder die erforderliche Erneuerung der Bremsanlage noch die Betriebskosten, wie Versicherung, Benzin und Instandhaltungskosten leisten, muss man das Angebot einfach ablehnen. Gleiche wirtschaftliche Nachhaltigkeit darf man bei Stadtratsentscheidungen doch erwarten.

Das Projekt Naturbad wurde wegen der schwierigen Finanzlage der Stadt Lichtenstein trotz Fördermittelbescheid bereits 04/2023 vom damaligen Stadtrat gekippt, weil die Frage eines Betreiberkonzepts eben nicht beantwortet werden konnte (Antrag vom 20.11.2024 a.a.O.). Daran hat sich bis heute nichts geändert, außer natürlich die Neubesetzung des Stadtrates mit der Aussicht, dass man nun die erforderliche Mehrheit der unterstützenden Fraktionen, bei sogar noch schwieriger Finanzlage, erhält.

Kann man denn wirklich so überzeugt davon sein, dass es der Wille der Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner Lichtensteins ist, das Projekt Naturbad trotz aller finanzieller Widrigkeiten unbedingt umzusetzen, wenn gerade mal 3.000 Unterschriften gesammelt wurden (Antrag vom 20.11.2024 a.a.O.)? Dabei ist es noch nicht einmal ersichtlich, ob dies auch 28 Prozent der Einwohner Lichtensteins (Stand 31.12.2023: 10.853 Einwohner) entspricht.

öffentliche Frage an die Stadträte:

Warum verzichtet man nicht zu Gunsten der besseren Finanzierbarkeit von Pflichtaufgaben der Stadt Lichtenstein auf diese Fördermittel und gesteht sich ein, dass die Zeit und auch der Bedarf für ein Naturbad in Lichtenstein einfach derzeit nicht da ist?

Berechnung der Kosten:

Fördermittel 2,8 Millionen EUR → Pflicht 10 Jahre Betreuung des Bades

Eigenanteil der Stadt derzeit mind. ca. **358.500 EUR**

Betriebskosten derzeit ca. 180.000 EUR jährlich → 10 Jahre Laufzeit der Förderung → **mindestens 1,8 Millionen EUR**

Vermeidet man deshalb bereits jetzt schon, über die Betreiberkosten zu reden und verlässliche Zahlen auf den Tisch zu legen, weil die Befürworter das Risiko für die Haushaltsschieflage der Stadt Lichtenstein mit dieser recht übersichtlichen Berechnung bereits erkennen und es deshalb nicht „schwarz auf weiß“ haben wollen?

Ist es denn nicht auch so, dass die Fördermittel von 2,8 Millionen EUR zurückgezahlt werden müssen, sollte eine Betreuung über 10 Jahre nicht möglich sein (Haushaltssituation)? Kann dies nicht zum vollständigen Ruin der Stadt Lichtenstein führen?

Die Lösung der Vernunft und aus Verantwortung:

Die jährlich zu erwartenden Betriebskosten von mindestens 180.000 EUR könnten wieder in Pflichtaufgaben der Stadt oder zumindest bedarfsgerechte Maßnahmen vor allem für Kinder und Jugendliche fließen.

Und spätestens hier gibt es aus unserer Sicht sehr wohl einen ziemlich klaren „kausalen Zusammenhang“ zum Kita-Essen (a.a.O.). Hätte man gewollt, hätte sich, wie in anderen Gemeinden auch, sicher ein Weg gefunden, die jährlichen Verpflegungskosten von ca. 50.000 EUR auch ohne gesetzliche Verpflichtung weiterhin zu übernehmen. Im Vergleich zu den jährlichen Betreiberkosten eines Naturbades mit eingeschränkter Nutzungsdauer und beschränktem Personenkreis hätte man dies als freiwillige Aufgabe finanziell zumindest in Betracht ziehen sollen. Insofern verwundert auch die Haltung der Stadträte aus der Fraktion Alternative für Deutschland (AfD) bei der Beschlussfassung, deren Ambitionen im Wahlprogramm ursprünglich doch sogar kostenfreie Kita-Plätze waren und denen besondere Unterstützung von Kindern und Jugendlichen auch bei der Vorstellung als Stadträte im August 2024 wichtig war.

Gerade für Kinder und Jugendliche ist der Bedarf an einem Naturbad in Lichtenstein aus unserer Sicht zweifelhaft, wenn in der unmittelbaren Umgebung mehrere Freibäder mit Sprungtürmen, Rutschen und sogar ein Naturbad mit Freizeiteinrichtungen ohne Eintrittszahlung nutzbar sind. Nicht zu vergessen ist, dass das Areal eine begrenzte Nutzungsdauer von durchschnittlich drei bis vier Monaten jährlich mit entsprechend temporären Einnahmen hat!

Auch die Erfahrungen des Bürgermeisters aus Oelsnitz/Erz. sprechen bekanntlich von einer nicht einfachen Situation in der Unterhaltung und Bewirtschaftung eines Naturbades.

Finanzkrise: Palais abstoßen, Bibliothek schließen?

(Freie Presse vom 30.01.2025)

Dass wir langsam das Vertrauen in eine objektive Beschlussfassung im Sinne der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger verlieren, begründet sich auch in der Berichterstattung der Kämmerin in der selben Stadtratssitzung am 27.01.2025 zur nicht aufzuhaltenden Finanzkrise der Stadt Lichtenstein:

Sparmaßnahmen sind dringend erforderlich, es muss konsolidiert werden!

Die Finanzchefin der Stadt Lichtenstein sieht die Einsparmöglichkeiten vordergründig in den freiwilligen Aufgaben der Stadt. **Die Stadt Lichtenstein habe spätestens 2029 kein Geld mehr!** Bereits jetzt schon gebe die Stadt jährlich rund 1 Million Euro mehr aus, als sie einnimmt. In die Waagschale für konkrete Einsparungen werden das Kultur-Palais mit Kosten in Höhe von 600.000 EUR und die Stadtbibliothek mit 200.000 EUR Kosten jährlich geworfen. Wir gehen davon aus, dass dies hauptsächlich der Verdeutlichung der Finanzverhältnisse diene und keiner nur im Entferntesten in Erwägung ziehen würde, die Stadtbibliothek zu schließen. In diesem Zusammenhang verwies Mario Müller auf einen aktuellen Einsparungsvorschlag für die geplante Erweiterung der Grundschule Rödlitz, vgl. Freie Presse vom 30.01.2025.

öffentliche Frage an die Stadträte:

Wie ist es der Mehrheit der Stadträte mit ruhigem Gewissen möglich, einer nicht abschließend gesicherten Finanzierung des Naturbades (mindestens 180.000 EUR Kosten jährlich) zuzustimmen, wenn dadurch unweigerlich dringlichen Pflichtaufgaben (Erweiterung der Grundschule Rödlitz), die freiwillige weitere Finanzierung der Essensversorgung in KITAS (50.000 EUR jährlich), die Aufrechterhaltung einer so wertvollen Bibliothek (beispielhaft 200.000 EUR Kosten im Jahr) mit derart engagierten Mitarbeiterinnen sowie die einzig noch verbliebenen Kulturstätte in Lichtenstein gefährdet sind?

Bildung ist der Motor unserer Gesellschaft, unsere Zukunft - wie kann man dies so leicht auf's Spiel setzen und sogar eigene Interessen voranstellen?

Erweiterung der Grundschule Rödlitz

Die „never-ending-story“ wird das Projekt leider sarkastischer Weise bereits genannt. Mittlerweile sprengt der Werdegang dieses Projektes, welches mit der „Gemeinsamen Aufgabenstellung von Ortschaftsrat, Schul- und Hortleitung zur Projektstudie „Hortneubau an der GS Rödlitz“ vom 24.05.2018“ begann, diesen Rahmen.

Die **erste Vorlage im Stadtrat war am 05.11.2018**, also vor mehr als sechs Jahren. Seither müssen die Lehr- und Betreuungskräfte der Grundschule Rödlitz die Kinder der mittlerweile einzügigen Klassen mit allen bekannten Platzprobleme so gut wie es geht Jahr für Jahr unterrichten und betreuen. Ob es ein nicht zur Verfügung stehender Speiseraum, feuchte Werkräume, das fehlende Musikzimmer oder die Lagerung von Unterrichtsmaterialien auf den Mitarbeitertoiletten sind, die Schul- und Hortleitung betonte immer wieder, das Beste aus der Situation für die Kinder zu machen. Davon konnte sich der vormals besetzte Stadtrat bei der **Besichtigung im April 2024** selbst ein Bild machen.

Seither versucht die Ortschaftsverwaltung Rödlitz in Zusammenarbeit mit der Schul- und Hortleitung über mehrere Jahre die Finanzierbarkeit und Planung an mögliche Förderprogramme anzupassen. Leider wurde das erforderliche persönliche Engagement des Bürgermeisters und der Fraktion Freie Wähler diesem Projekt nicht wie beim Naturbad entgegengebracht. **Vielmehr ist die Finanzierungsfrage durch fehlendes Vertrauen, fehlende Transparenz und nachweisliche Zurückhaltung von Informationen geprägt.** Auch wenn Sie, Herr Fankhänel, immer wieder öffentlich betont haben, dass der Schulstandort derzeit nicht gefährdet sei, wird dennoch nicht das Erforderliche unternommen, das Projekt voranzutreiben. Wir sind der Überzeugung, dass man mit wesentlich mehr Flexibilität und ehrlicher Zusammenarbeit auch einzelne Förderprogramme zur Inklusion, Barrierefreiheit etc. hätten nutzen können.

Nach der Schulbesichtigung und nachdem klar war, dass für die Umsetzung des Projektes keine Fördermittel in Frage kommen, **beschloss der Stadtrat auf Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Die Linke in seiner Sitzung am 27.05.2024 (AF/010/2024)**, dass

- das Projektvorhaben weiterhin als **Prioritätsvorhaben Nr. 1** zu betrachten ist und
- der im **Haushaltsplan 2023/2024** eingeplante Eigenanteil der Stadt (inkl. investiver Schlüsselzuweisungen) in Höhe von **2.384.400 EUR** und **bis zur Gesamtsumme von 3.400.000 EUR** im nächsten **Haushalt einzuplanen** ist.
- Zudem ist das Vorhaben so **umzugestalten**, dass eine **abschnittsweise Umsetzung** des neuen Komplexes, unter **Beibehaltung des bisherigen Raumbedarfes**, ermöglicht werden kann.
- Eine solche **Umgestaltung muss in enger Abstimmung** mit dem **Stadtrat und dem Ortschaftsrat Rödlitz** erfolgen.

Aber auch hiernach passierte lange nichts. Auf Nachfragen der Ortschaftsverwaltung beim Bürgermeister zur weiteren Vorgehensweise, insbesondere zur Neukonzeption unter Berücksichtigung der im Haushalt eingeplanten und einzuplanenden Eigenleistungen im August 2024 verwiesen Sie, Herr Fankhänel, zuerst auf die Urlaubszeit, dann auf einen avisierten Termin im Oktober 2024 und zu guter Letzt auf die Einbindung des Bauamtes in die Wahlvorbereitung zur Bundestagswahl 2025.

Die Bemühungen von Mitgliedern der Ortschaftsverwaltung Rödlitz gemeinsam mit der zuständigen Bearbeiterin der Stadtverwaltung Lichtenstein und dem Bürgermeister zum weiteren Vorgehen zur Realisierung des Anbaus mit den vorhandenen Möglichkeiten ins Gespräch zu kommen, verliefen wie so oft im Sande mit verschiedensten Ausreden zur Verfügbarkeit und Terminfindung.

Bis heute erfolgte keinerlei Abstimmung im Sinne des Beschlusses vom 27.05.2024 (a.a.O.) mit der Ortschaftsverwaltung Rödlitz, geschweige denn eine Aussicht auf einen gemeinsamen Termin.

Vielmehr erstellte Herr Fankhänel gemeinsam mit der Stadtverwaltung und der Schul- und Hortleitung im Rahmen einer persönlichen Beratung am **29.10.2024** eine neue „Aufgabenstellung – Projekt Neubau am Bildungsstandort Grundschule Rödlitz“ vom 12.11.2024. Ergebnis dessen ist u. a. „ein freistehendes, komplett ausgestattetes Nebengebäude mit einem Verbinder zwischen Alt- und Nebengebäude. [...] Der Altbau (1991) an der Schule soll bestehen bleiben. Eine 100%ige Barrierefreiheit wird folglich nicht möglich sein! Sofern finanziell machbar, wird ein Aufzug am Neubau geschaffen.“

Leider fehlte der Ortschaftsverwaltung auch hier wieder einmal die persönliche Unterstützung durch Sie, Herr Fankhänel. Über die neue Aufgabenstellung wurden Ihre Fraktionsmitglieder der Freien Wähler und/oder der Werkstatt Zukunft in Kenntnis gesetzt.

Jedoch wurde diese „Aufgabenstellung“ dem betreffenden Ortschaftsrat Rödlitz erst zu dessen außerordentlicher Sitzung am 23.01.2025 bekannt gegeben!

Trotz eines Beschlusses der Stadträte vom 27.05.2024 (a.a.O.)!

Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen den Beschluss vom 27.05.2024 (a.a.O.)!

Nun formulierten die Fraktionen Werkstatt Zukunft und Freie Wähler einen Antrag vom 02.01.2025 „Schulstandorte in Lichtenstein nachhaltig sichern – Die Erweiterung des Schulstandortes der Grundschule Rödlitz im Doppelhaushalt 2025/2026 voranbringen.“

Ziel des Antrages, der frühestens am 10.03.2025 zur nächsten Stadtratsitzung vorgelegt werden könnte, soll es sein, den Beschluss - AF/010/2024 vom 27.05.2024, zur Priorisierung Nr. 1, zur Haushaltsplanung mit konkreten Kosten von 2.384.400 EUR bzw. 3.400.000 EUR, zur Neukonzeption und Einbindung des Stadtrates und Ortschaftsrates Rödlitz, a u f z u h e b e n.

Gleichzeitig will man anstelle der bisher veranschlagten und beschlossenen Kostenplanung die **maximal** abzubildende Projektsumme nun plötzlich für das **gesamte** Bauprojekt auf 2.134.000 EUR **festschreiben**, also **um 1,1 Millionen EUR k ü r z e n**. Zudem wird der Stadtverwaltung trotz eines bestehenden Beschlusses vom 27.05.2024 (a.a.O.) der Auftrag erteilt, grundlegende Parameter für die Gebäudeplanung bis zum **28.02.2025** zu prüfen.

...Und Mario Müller verkauft uns das alles bei Fragen zur Finanzkrise als eine von s e i n e r Fraktion eingebrachte Einsparmaßnahme (Freie Presse a.a.O.)...

**Da fehlen einem aufmerksamen Bürger die Worte.
Wie kann das sein???**

Gleichzeitig wurden in der aktuellen Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2025/2026 und mittelfristigen Finanzplanung 2027 bis 2029 für das Projekt eine Gesamtsumme von 3.140.950 EUR (Haushaltsplanungs-Entwurf a.a.O) bereits fest eingeplant.

öffentliche Fragen an die Stadträte und Jochen Fankhänel:

- 1. Wieso ist ein neuer Antrag erforderlich, wenn alle relevanten Inhalte bereits am 27.05.2024 durch den Stadtrat beschlossen und bei rechtmäßigem Umsetzen schon erledigt sein müssten?**

Wenn es am zeitlichen Verzug liegt, kann der Beschluss vom 27.05.2024 ohne weiteres umgesetzt werden. Alle Punkte, die neu zu entscheiden sein sollen, wurden bereits im Beschluss vom 27.05.2024 berücksichtigt – **eben nur mit den wahrscheinlich unerwünschten Beträgen und durch/mit den unerwünschten Personen.**

- 2. Wie erklärt man es einer Bürgerin oder einem Bürger, dass man entgegen bestehender Stadtratsbeschlüsse die Umsetzung des Projektes Naturbad wegen zu befürchtender Teuerung der Baukosten vorzieht, gleichzeitig aber die Kosten für ein erforderliches Raumkonzept um 1,1 Millionen EUR reduzieren kann? Die Bauleistungen des Anbaus an die Grundschule werden keiner Teuerung der Baukosten unterliegen?**
- 3. Wenn der Stadtratsbeschluss AF/010/2024 vom 27.05.2024 hinsichtlich der Haushaltsplanung bereits mit einer Summe bis zu 3.140.950 EUR umgesetzt wurde, stellt sich die Frage:**

Warum bedarf es dann eines neuen Antrages der Freien Wähler und Werkstatt Zukunft zum Doppelhaushalt 2025/2026? Ist es etwa das Ziel, spätestens zur Haushaltsplanung in zwei Jahren dann nicht mehr an die aktuell für diesen Zeitraum eingeplanten 2.201.000 EUR gebunden zu sein und damit die Gesamtprojektkosten jetzt schon auf unrealistische 2.134.000 EUR zu drücken?

4. **Welche konkreten Planungsänderungen gab es unter Einbindung des Ortschaftsrates Rödlitz, wie im Beschluss AF/010/2024 vom 27.05.2024 gefordert, die solch eine Reduzierung der Gesamtprojektsumme auf nun 2.134.000 EUR rechtfertigen?**
5. **Was muss zumindest die Ortschaftsverwaltung Rödlitz zukünftig tun, damit Sie, Herr Fankhänel, Ihre Mitarbeitenden der Stadtverwaltung auch bereits vor den endgültigen Beschlüssen des Stadtrates beauftragen, in deren Sinne aktiv zu werden? Hilfreich wäre es schon, wenn Sie dafür Sorge tragen, dass beschlossene Maßnahmen fristgerecht umgesetzt werden.** Wir erwarten hierauf keine bindende Antwort, aber vielleicht hilft die Verdeutlichung: Frühestens am 10.03.2025 kann der Stadtrat überhaupt über den Antrag vom 02.01.2025 (a.a.O.) entscheiden, der eine Friststellung an die Stadtverwaltung bis 28.02.2025, also in die Vergangenheit, enthält. So es doch wegen Personalmangels und Einbindung in die Wahlvorbereitung derzeit zu personellen Problemen kommt, sollte man doch die Ressourcen nicht für „ungelegte Eier“ nutzen. Öffnet sich, wie am 12.10.2024, überraschend ein Zeitfenster in der Stadtverwaltung, wäre dieser Termin wohl dem seit August 2024 versprochenen Gespräch mit den Ortschaftsvertretern Rödlitz vorzuhalten gewesen. Die neue Aufgabenstellung vom 12.11.2024 dürfte als Grundlage für eine neue Haushaltsplanung nicht rechtswirksam sein, da sie entgegen der Beschlussfassung vom 27.05.2024 (a.a.O.) ohne Einbindung des Ortschaftsrates Rödlitz erstellt wurde.
6. **Wenn der Antrag vom 02.01.2025 (a.a.O.) mehrheitlich beschlossen würde und die Verwaltung ohne Einbindung des Ortschaftsrates Rödlitz bei der Bewertung der aus unserer Sicht nicht wirksamen Konzeption feststellen sollte, dass dies mit der Projektsumme von abschließend 2.134.000 EUR nicht realisiert werden kann, haben Sie, Herr Fankhänel, und die Fraktionen, die sich von Anfang an dagegen ausgesprochen haben, dann Ihr Ziel erreicht? Alle Beschlussfassungen des alten und neuen Stadtrates sind dann aufgehoben und das Projekt muss weiterhin nicht umgesetzt werden?**

Leider entsteht der Eindruck, dass Ihnen, Herr Fankhänel, wegen der ohnehin fehlenden Möglichkeit einer Wiederwahl zum Bürgermeister und der Durchsetzung „Ihrer“ Projekte der Blick in die Zukunft der Rödlitzer Grundschule getrübt ist. Entschuldigen Sie diese emotionale Wertung. **Wir haben Ihnen bezüglich des Projektes Vertrauen entgegengebracht und auch Ihre Versprechen, „dass wir, ganz im Sinne der Sache, gemeinsam an einem Strang ziehen sollten“, (eMail an die Bürgerinitiative vom 10.04.2024) angenommen. Unsere große Skepsis hat sich nun leider bestätigt und wir denken, dass Gespräche zum gegenseitigen Verständnis hier nicht mehr erfolgsversprechend sind.**

Es steht außer Frage, dass alle Beteiligten und Betroffenen an einer Sicherung der Schulstandorte in Lichtenstein und an der Erweiterung des Schulstandortes der Grundschule Rödlitz weiterhin interessiert sind. Dass dies auch endlich zumindest begonnen werden muss, ist selbsterklärend.

Aber dazu braucht es eben keines neuen Antrages der Fraktionen Werkstatt Zukunft und Freie Wähler oder übergestülpte neue Aufgabenstellungen, die unter zweifelhaften Erwartungen und mit gewissem Druck auf die Schul- und Hortleitung erstellt werden! Es ist alles Erforderliche beschlossen, um die zeitgemäßen sowie gesetzlich festgelegten Mindestanforderungen an die Grundschule Rödlitz herzustellen.

Die einfache Lösung ist:

Herr Fankhänel, setzen Sie endlich den Stadtratsbeschluss vom 27.05.2024 rechtmäßig um und legen Sie dem Projekt nicht ständig weitere Steine in den Weg! Das ist ihre Pflicht zum Wohle der Stadt, zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und somit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und ganz besonders der Kinder.

Appell an die Stadträte:

Dem Antrag der Fraktion Werkstatt Zukunft und Freie Wähler vom 02.01.2025 (a.a.O.) muss und darf zur Umsetzung des weiterhin zur Pflichtaufgabe der Stadt gehörenden Projekts „Erweiterung des Schulstandortes Grundschule Rödlitz“ nicht zugestimmt werden.

Lassen Sie das Engagement der vielen Eltern, Bürgerinnen und Bürger über die Grenzen von Lichtenstein hinaus, die sich im Sommer 2024 mit der Petition „Erhalt der Grundschule Rödlitz – das Hortgebäude muss endlich gebaut werden!“ eindeutig für das Projekt ausgesprochen und den Stadtratsbeschluss vom 27.05.2024 - AF/010/2024 mit großer Anstrengung und großem Zeitaufwand mit beeinflusst haben, nicht im Sande verlaufen.

Sie als Stadträte können damit ein Zeichen in den ohnehin schon unruhigen Zeiten mit gegenseitigem Misstrauen und vordergründig zum Wohl der Grundschul Kinder aus Rödlitz und Heinrichsort setzen. Wir verlassen uns auf Sie, dass Sie im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner Lichtensteins mit seinen Ortsteilen entscheiden. Dürfen wir hier im Speziellen die Stadträte der Fraktion AfD daran erinnern, dass Sie uns - vor Ihrer Wahl - im Rahmen der Petition Ihre Unterstützung explizit auch schriftlich angeboten haben?

„Die lügen uns doch lächelnd ins Gesicht und werden nicht einmal rot dabei!“ und „Die geben sich nicht mal mehr die Mühe, die Lügen zu verbergen!“... Sehr erschreckende Zitate von Bürgerinnen aus Rödlitz, die im Zusammenhang mit den hier beschriebenen Problemen gefallen sind. Leider keine Einzelmeinungen und u. a. auch der Grund für diese öffentlichen Fragen.

Das sind doch nicht der Anspruch und die Erwartungen an einen Stadtrat, der Entscheidungen im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lichtenstein nebst Ortsteilen trifft und demokratisch gewählt wurde. Bitte erinnern Sie sich alle wieder an Ihr Versprechen, zum Wohle aller die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Nur so kann das verlorene Vertrauen in die richtige Wahl langsam wieder aufgebaut werden.

Wir erwarten eine Auseinandersetzung mit unserem Anliegen und die öffentliche Beantwortung unserer Fragen. Dies kann gern auch im Rahmen der Bürgerfragestunde in der Stadtratsitzung am 10.03.2025 stattfinden, die dann idealer Weise vor den Beschlussfassungen durchzuführen wäre. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir Gespräche in „Kleingruppen“ diesbezüglich nunmehr ablehnen müssen. Die damit verbundenen Erwartungen konstruktiver Gespräche und Lösungen wurden wiederholt nicht erfüllt.

Wir hoffen, dass Sie sich Ihrer Verantwortung stellen und sich dieser bewusst sind.

Lichtenstein, den 12.02.2025



Bild: Andreas Kretschel – Freie Presse v. 06.03.2024